

2019-11-30 Der Bund - Leserbrief

«Einsetzen statt wegsperren»

Asylheime Vielfältige Zweifel an Plan B,
«Bund» vom 26. November

Akt der Vernunft

Vor acht Monaten hat der Grosse Rat die Internierung von 450 Asylsuchenden in Preles abgelehnt. Nun beantragt der Regierungsrat die Schaffung von drei «Rückkehrzentren» für abgewiesene Asylsuchende. Ein grosser Teil der Internierten kann auf lange Zeit, einige ihr Leben lang, nicht in ihr Heimatland zurückkehren. Sollen diese Menschen nun bis zu ihrem Tod in einem Heim verbringen, ohne dass sie jemandem etwas zuleide getan haben? Werden da nicht schreckliche Erinnerungen wach, wenn der Regierungsrat sagt, er handle ja nur auf Befehl von oben?

Zusätzlich zu diesen, für jeden anständigen Menschen unvorstellbaren Tragödien gibt es noch wirtschaftliche Aspekte: Die Tageskosten dieser «Rückkehrzentren» werden sich nach vorsichtigen Schätzungen auf 180 Franken pro Insassen belaufen, also für 450 Personen 30 Millionen Franken jedes Jahr.

Dabei gäbe es durchaus Alternativen: Man sollte denjenigen Asylsuchenden erlauben zu arbeiten, welche auf Weisung des Bundesrates nicht zurückkehren können. Das wäre eine menschliche und erst noch hoch rentable Lösung. Sie könnten für ihren Lebensunterhalt aufkommen und würden AHV und Steuern bezahlen. Es wäre ein Akt der Vernunft, dass man Arbeitswillige vernünftig einsetzt, anstatt sie in Lager wegzusperren!

Andreas Wyss, Bern

2019-11-30 BernerZeitung - Leserbrief

Ausgabe vom 28. November
Zum Interview mit Philippe Müller «Sie weigern sich, zurückzukehren»

«Ein unwürdiges Spiel»

Regierungsrat Philippe Müller zeigt wenig Verständnis für die Situation weggewiesener Asylsuchender. Für ihn sind diese Menschen renitent, wenn sie nicht alsbald in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Er verweist dabei auf die Entscheidungen der Bundesbehörden und sieht sich als deren Willensvollstrecker. Leider will er nicht einmal den Spielraum ausschöpfen, den der Kanton hätte. Er übersieht auch die Realität, dass es Gruppen gibt, die nicht problemlos in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Diese bleiben in der Nothilfe, wobei Nothilfe nicht etwa Hilfe in der Not bedeutet, sondern Not erzeugen will,

damit der Ausreisedruck erhöht wird. Diejenigen, die nicht in der Nothilfe verelenden wollen, weichen in den Schengen-Raum aus, um dann als Dublin-Fälle später wieder in die Schweiz zurückgeschoben zu werden. Es ist ein unwürdiges Spiel des Kantons, sich die Hände in Unschuld zu waschen und sich stets hinter den Bundesbehörden zu verstecken.
Daniel Winkler, Riggisberg

Zitat des Tages

«Philippe Müller will den Spielraum, den der Kanton hätte, nicht ausschöpfen.»

Daniel Winkler, Riggisberg

2019-12-04_BielBienne_Leserbrief

Andreas Wyss findet «Rückkehrzentren» für abgewiesene Asylsuchende

Nicht vernünftig

Vor acht Monaten hat der Grosse Rat die Internierung von 450 Asylsuchenden in Prêles abgelehnt. Nun beantragt der Regierungsrat die Schaffung von drei «Rückkehrzentren» für abgewiesene Asylsuchende. Ein grosser Teil der Internierten kann auf lange Zeit, einige können ihr Leben lang nicht in ihr Heimatland zurückkehren. Sollen diese Menschen nun bis zu ihrem Tod in einem Heim verbringen, ohne dass sie jemandem etwas zu Leide getan haben? Werden da nicht schreckliche Erinnerungen wach, wenn der Regierungsrat sagt, er handle ja nur auf Befehl von oben?

Zusätzlich zu diesen, für jeden anständigen Menschen unvorstellbaren Tragödien, gibt es noch wirtschaftliche Aspekte: Die Tageskosten dieser «Rückkehrzentren» werden sich nach vorsichtigen Schätzungen auf 180 Franken pro Insasse belaufen, also für 450 Personen 30 Millionen Franken jedes Jahr!

Dabei gäbe es durchaus Alternativen: Man sollte denjenigen Asylsuchenden erlauben zu arbeiten, welche auf Weisung des Bundesrates nicht zurückkehren können. Das wäre eine menschliche und zudem noch hochrentable Lösung; beispielsweise die junge Frau aus dem Tibet, die privat untergebracht ist und eine Lehre in einem Pflegeheim abbrechen müsste. Sie könnte nach der Lehre für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen und würde einen Beitrag zur Linderung des Personalnotstandes im Pflegebereich leisten. Zudem würde sie AHV und Steuern bezahlen. Wenn sie in ein «Rückkehrzentrum» gesteckt wird, kostet sie für uns Steuerzahler während den restlichen vierzig Jahren ihres Lebens drei Millionen Franken!

Es wäre ein Akt der Vernunft, dass man den Arbeitswilligen der Asylsuchenden vernünftig einsetzt, statt sie in Lager wegzusperren!

Andreas Wyss, Bern